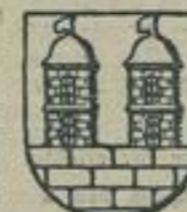


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Seiten 2,50 Mk., bei Postbezahlung 3 Mk. jährlicher Abzug. 10 Mk. Die Verkaufsstellen Wochenschrift für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die Republikanische Rundschau 20 Goldpfennig, die Zeitungen der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 geprägten Zeitungen im regelmäßigen Teile 100 Goldpfennig. Nachrichtenabdruck 20 Goldpfennig. Werbung für geschäftliche Anzeigungen werden nach Abrechnung bis vorn. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 berücksichtigt. Anzeigenabschluß bis vorn. 10 Uhr durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch ist, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriften erfolgt nur, wenn Porto beliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamt Tharandt, Finanzamt Nossen.

Nr. 174 — 83. Jahrgang

Telegr. Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Post-Ort: Dresden 2640

Sonntag den 27. Juli 1924

Und wer „sichert“ Deutschland?

Das Verlangen Frankreichs, durch Garantien verschiedenster Art gegen einen deutschen Angriff gesichert zu sein, ist vor allem ein Hebel zur Erreichung machtpolitischer Zwecke, ist Mittel, die französische Vormachtstellung auf dem Kontinent zu erhalten, ist französisch-innenpolitisch das Schreckgespenst, mit dem man glaubhaftige politische Kinder jagt. „Mein Sohn, du glaubst gar nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird“, sagte bekanntlich einmal der alte schwedische Kanzler Ogenstierna, und mit ganz besonders wenig Weisheit geschah das in Frankreich, wo die Phrase jede Überlegung und jedes vernünftige Denken überdröhnt. Tiefstündig geht Herrriot in London herum, weil er mit seinen Garantien nicht vom Fleck kommt, da anscheinend in der ganzen Welt allmählich das Bewußtsein dafür lebendig wird, wie — für uns ja schließlich zu sagen — groß ist die Furcht vor einem deutschen Angriff auf Frankreich.

Und er mag noch tiefstündig geworden sein, wenn er etwa die Rede gelesen hat, die Lord Grey am Donnerstag im englischen Oberhause hielt, ausgerechnet Lord Grey, der „Kriegsmacher“ von 1914! Der „schämte“ sich nämlich nicht zu sagen: „Einen neuen Streitfall zwischen Frankreich und Deutschland angenommen — welche Garantie werde der Völkerbund dafür gewähren, daß Frankreich nicht seine zurzeit weit größere Macht in Deutschland nicht benutzen würde, wie es dies längst getan habe.“ Das ist mehr wie deutlich und drängt die Frage in den Vordergrund, ob nicht eher Deutschland vor Frankreich als Frankreich vor Deutschland geschützt werden muss; denn das eigentliche Problem heißt schon längst nicht mehr Garantien für Frankreich, sondern für Deutschlands Sicherheit.

In diesen Tagen beginnt die große Generalkontrolle der Entente in Deutschland; auf Monate hinzu werden die Schnüffelkommissionen landauf, landab siedeln, um festzustellen, ob irgendwo noch ein altes verrostetes Gewehr verborgen ist. In alle Fabriken werden sie die Nasen hineinstecken, ob nicht irgendwie Spuren der Möglichkeit einer industriellen Umgestaltung vorhanden sind. Frankreich wird ja trotz allem nicht glauben wollen und sich wenigstens den Anschein dazu geben, als ob es auch jetzt noch nicht „sicher“ vor deutschem Angriff sei; ein allzu bequemes politisches Mittel ist es ja, auf Angst und Feigheit des Bürgers spekulieren zu können. Man will ja auch den „militärischen Geist“ der Deutschen möglichst mit Stumpf und Stiel austrotten, am liebsten alle sportliche Beleidigung verbieten, weil diese Disziplin verlangt und zur Disziplin erzieht. Frankreich hat bestrebt, mit der militärischen Übung in Deutschland gemacht; aber es verlangt dazu auch unsere „eigene Abstützung“, wir sollen alles vergessen, was man uns angehört, seitdem wir selbst nach sozialdemokratischer Ansicht die Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellen“. Von all dem sollen wir nicht nur nicht reden, wir sollen auch nie mehr daran denken, — umgedreht wie es nach 1870 das Frankreich Clemenceaus tat.

Den Völkerbund schlug Lord Grey als den Friedensbewahrer „schäfer vor; aber er hat selbst sein großes Vertrauen auf dessen Kraft. Englands Kräfte sich hinter ihm stellen. Nun, wir haben noch ein weite geringeres, haben gar kein Vertrauen auf den Generalsstab, dem selbst das doch nicht übermächtig mächtige Polen auf der Rasse herunterzustecken und der uns Überschreiten und das Memelgebiet nahm oder entziehen ließ. Der eine vertragliche Aignlichkeit mit seinem Kreis hat, der in der großen Seefest Leipzig auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. Und der noch nie, auch nur auf dem Papier, dagegen protestiert hat — wie es England ist —, wenn Frankreich mit dem Verfailler Vertrag Schindludertrieb, obwohl dieser Vertrag der Vater des ganzen Völkerbundes ist. Nur wenn es gegen Deutschland, das mächtlose, ging, ist man nur allem entschlossen, und wie es im Saargebiet, das ja der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt ist, jetzt zugeht, das ist dem Völkerbund selbst doch wohl bekannt genug. Und streichen wollen wir nur, daß trotz aller Völkerbundentscheid Polen sein eigenes Recht der Minderheiten schafft, das so ziemlich in allen Punkten gegen jene Entscheid verkehrt, und daß man den Danziger ein polnisches Munitionslager mitten in die Stadt legte.

Außerdem soll es die Abrüstung machen, schlug Lord Parmoor, der englische Vertreter in Genf, im Oberhause vor. Was ist aus der Profe geworden, daß die zwangsweise Abrüstung Deutschlands nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein soll? Die beste Antwort erhielt wohl England selbst, wenn es am Sonntag den Delegierten der Londoner Konferenz die gesamte „grand fleet“ zeigt im Spithead, eine Flottilleparade von riesenhafstem Ausmaß, wie gerade vor zehn Jahren, sechs Tage, ehe der Weltkrieg ausbrach.

Der Pazifismus hat sich um jeden Kredit gebracht, weil er immer nur seine Abrüstungsforderung gegen Deutschland richtet, weil er — wie die Entente — nicht bloß die äußere Abrüstung, sondern auch die „Abrüstung des Geistes“ verlangt. Jetzt, da die Franzosen im Ruhrgebiet stehen, als deutlichstes Zeichen dafür, daß das Recht

Deutschland soll nun doch noch eingeladen werden.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 26. Juli. Die Führer der fünf Delegationen haben gestern vormittag von 10 bis 12 Uhr unter dem Vorstoß von Macdonald ihre tägliche Besprechung abgehalten. Nach Anhörung der beiden juristischen Sachverständigen ist die Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz grundsätzlich beschlossen worden. Die offizielle Einladung wird indessen erst verhandelt, sobald die Kommissionen mit ihren Arbeiten weiter fortgeschritten sind. Die Einladung wird vermutlich im Anschluß an die Plenarsitzung kommenden Montag abgesandt werden, wenn die Kommissionen eine Versöhnung in den strittigen Fragen erzielt haben.

Keine Gleichberechtigung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 26. Juli. Der „Temps“ lädt sich von seinem Londoner Korrespondenten melden, daß die deutsche Regierung bei Hinzuziehung deutscher Bevollmächtigter auf der Londoner Konferenz folgende Forderungen stellen werde: 1. Behandlung der deutschen Bevollmächtigten auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung; 2. Wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes; 3. Räumung der erstbesetzten Zone einschließlich des Kölner Brückenkopfes bis zum 1. Januar 1925. Der Korrespondent des „Temps“ bemerkte hierzu, daß nach offiziellen Mitteilungen die Londoner Konferenz wahrscheinlich die erste und dritte Forderung ablehnen werde, da diese in London nicht zur Diskussion ständen.

Die unabänderlichen Forderungen der Bankiers.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 26. Juli. Finanzielle Kreise und auch ein großer Teil der politischen Presse äußern sich ungehalten über die Stellungnahme Herriotics in London und greifen die Haltung Frankreichs in der Frage der Ruhrbesetzung scharf an. Herrriot wird, falls es in London schief geht, für alles weitere verantwortlich gemacht. Die Stellung der Finanzkreise wächst und es werden

nur schwer reichen, als die Macht da ist es zu schüren. Das auch jetzt Recht immer noch von der Macht geschaffen ist. Und das trotz aller Völkerbundshäufen Macht Recht ist.

Deutschland ist und bleibt rechtlos trotz vieler anderer Verträge, solange es machtlos ist und bleibt.

Gedrückte Stimmung in London.

Einschränkung der Konferenzdebatten.

Pariser und Londoner Blätter streiten darüber, ob in London Pessimismus herrsche oder nicht. Im Grunde genommen ein Streit um ein Wort, denn auch die, die den Pessimismus nicht wahr haben wollen, leugnen nicht, daß die Stimmung gedrückt sei. Wie könnte sie auch anders sein, wenn man ja gar nicht vom Frieden kommt. Den Delegationsführern grant vor dem bauernden Stillstand, und um ein Vorwärtssommer zu erleichtern, haben sich Macdonald und Herrriot, wie es heißt, dahin geeinigt, daß sich die Konferenz auf folgende Punkte beschränken soll:

1. die wirtschaftliche Räumung der Ruhr,
2. die militärische Räumung der Ruhr,
3. die im Januar aktuell werdende Frage der Räumung der Adoliner Zone durch die Engländer,
4. die Frage des individuellen Sanktionsrechts einzelner Mächte,
5. die Frage der geforderten 4000 französisch-belgischen Eisenbahnen im Rheinland.

Natürlich kann sich diese Selbstbeschränkung nur auf

die Fragen mit politischem Einschlag beziehen, es liegt auf der Hand, daß daneben die rein wirtschaftlichen Probleme des Dawes-Planes auch erörtert werden müssen. Immerhin wird sich niemand der Erkenntnis verschließen, daß die Politik, die nach der Meinung des Konferenzpräsidenten Macdonald ausgeschlossen sein sollte, schon lange die Hauptrolle für sich in Anspruch nimmt. Man hat jetzt das Verkehrsproblem aufgetragen und gibt auf allen Seiten zu, daß sich der Streit um nichts anderes dreht als darum, daß Frankreich an seinen Ansprüchen auf Sonderaktionen festhält. Herrriot selbst hat erklärt, er stünde auf dem Boden des Vertrages und werde dort stehenbleiben, ganz gleich, was auch geschehen möge. Und ein anderes Mal hat er gesagt, er würde das Kompromiß Theunissen annehmen, wenn es wirklich den Frieden bringen würde. Die Folge würde aber nur ein neues Kabinett Poincaré sein. Das ist auch die Meinung der anderen Franzosen, die sich dahin aussprechen, daß ein Nachgeben Herriotics das Ende seiner politischen Laufbahn bedeuten würde. Er will aber begreiflicherweise schon um seine innerpolitischen Ziele willen weiterwirken. Da seine Haltung mit der Amerikaner unvereinbar ist, läßt sich nicht abschließen, wie eine Einigung über die Durchführung des Dawes-Planes erzielt werden soll.

Es ist daher verständlich, wenn schon der Gedanke einer

unabänderliche auf Frankreich gemünzte Voraussetzungen für die Annahme aufgestellt:

1. Frankreich gibt die Sicherheit, daß es Invasionen in Deutschland unterläßt, da dieses sonst nicht kreditfähig ist.
2. Der Dawes-Plan stellt in seiner augenblicklichen Form das äußerste Zugeständnis an Frankreich dar.
3. Sicherheiten gegen einen neuen Krieg.
4. Die Reparationsfrage muß den Politikern entwunden und einem internationalen Komitee unterbreitet werden.
5. Der Friede der Anteile muß genau umschrieben werden.
6. Hypothekarische Sicherungen im Falle einer deutschen Verjährung.

Bor einer Verständigung mit den Bankiers.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 26. Juli. Am Montag wird der Führer der französischen Bankiers in London eintreffen. Noch größeres Interesse legt man in französischen Kreisen darauf, daß der amerikanische Bankier und Schwiegerjohn Morgan, Harties aus Paris, in London ankommen ist. Es hat den Anschein, daß sich hier die ersten Anzeichen für eine bevorstehende Verständigung zeigen.

Die Reparationskommission prüft.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 26. Juli. Die Reparationskommission hat gestern den Bericht des provisorischen Komitees zur Regelung der deutschen Industrieobligationen im Betrage von 5 Milliarden Goldmark geprüft. Einige Einzelheiten machen es notwendig, das provisorische Komitee um einige Auflösungen zu bitten.

Noch keine Einladung zu Micum-verhandlungen.

Essen, 26. Juli. Wie wir erfahren, ist auch heute eine Einladung der Vertreter des Ruhrbergbaus seitens der Micum zu neuen Verhandlungen nicht erfolgt.

Vorbericht der Konferenz bis zum Herbst aufzutragen. An offiziellen Stellen heißt man ihn allerdings nicht.

Um die Einladung Deutschlands.

Die Regierung soll sich bereithalten.

Nach dem „Petit Parisien“ hat Macdonald im Einvernehmen mit den anderen Delegationschefs und nach Rücksprache mit den juristischen Sachverständigen eine Mitteilung an die deutsche Regierung ersehen lassen, in der diese ersucht wird, sich bereitzuhalten, ihre Delegation nach London zu entsenden. Wie das Blatt dazu von gutmütiger Seite erfahren haben will, scheint man sich in den Kreisen der Konferenz die Verhandlung mit Deutschland wie folgt zu denken: Auf Grund der den Juristen von der Konferenz gestellten Fragen haben diese die Aufgabe, genau diejenigen Punkte zu bestimmen, in denen der Dawes-Plan über die Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen hinausgeht. Auf diese Punkte soll die Diskussion zwischen den deutschen Delegierten und den alliierten Kabinetten beschränkt werden. In allen übrigen Fragen, insbesondere soweit sie die Art der Durchführung betreffen, soll die deutsche Regierung an die Reparationskommission verwiesen werden, die aller Voraussicht nach ebenfalls in den nächsten Tagen nach London kommen wird. Hierzu ist zu bemerken, daß an Berliner zuständiger Stelle von einer solchen Mitteilung nichts bekannt ist.

Zustimmung zur Zollvorlage.

In den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates. Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer beschäftigt. Dabei wurde mit 27 gegen 16 Stimmen eine Einschränkung gefasst, wonach die Absicht der Regierung, einen einheitlichen Schuß über die gesamten nationalen Arbeit wieder herzustellen, gebilligt wird. Eine weitere Einschränkung besagt, daß es die Ausschüsse für notwendig halten, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Zoll- und Umsatzsteuer gemäß Artikel 3 des Entwurfes unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird. Bezüglich der Umsatzsteuer hielten die Ausschüsse die Herabeziehung nicht, wie die Regierung vorschlägt, auf 2, sondern auf 1½ % für notwendig. Der Antrag, die Genossenschaften, die einem Revisionsserverband angehören (Landwirtschaftliche Genossenschaften, Konsumvereine, Baumwollgenossenschaften) von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde mit 24 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Eine Reichs-Protestversammlung der Kleinrentner findet Montag mittags 1 Uhr im Saale des „Goldenen Löwen“ statt. Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer.

Aerztlicher Sonntagsdienst (nur bringende Hölle). Sonntag den 27. Juli: Sanitätsrat Dr. Bartholomäus und Dr. Auerbach-Burkhardtswalde.

Betriebsstilllegungen. Vom 1. bis 15. Juli sind beim Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im ganzen 177 Anzeigen von beabsichtigten Betriebsabbrüchen oder Stilllegungen eingegangen. Davon entfallen auf den Bergbau 1, die Industrie der Steine und Erden 3, Ziegelerie 22, Glashütten, Glasschleiferie 4, auf die Metallverarbeitung 22, auf die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 52, auf die chemische Industrie 4, die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Holz und Oele ist beteiligt mit 2, die Textilindustrie mit 25, die Papierindustrie mit 6, die Lederindustrie mit 2 Anzeigen. Aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sind 18 Anzeigen eingegangen, aus der Gruppe Bürsten- und Pinselmachereien 1, aus der Zigarettenfabrikation 8, aus dem Bedienungsgewerbe 2, aus dem Baugewerbe 2 und aus dem poligraphischen Gewerbe 1 Anzeige. Inwieweit eine Durchführung der Stilllegungen erfolgt, läßt sich noch nicht übersehen.

Auszahlung der Beamtengehälter am 29. Juli. Die Ministerien des Innern, der Finanzen und für Volksbildung verordnen, daß die nach der neunten Aenderung des Beamtenbeduldungsgegesetzes vom 22. Juli d. J. an die Bezugsberechtigten am 31. Juli zahlbaren Beilage, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind, und ohne Gewähr für die Einhaltung des Zahlungstages, am 29. Juli 1924 auszuzahlen sind. Gleiche gilt sinngemäß für die Behördenangestellten.

Invalidenversicherung. Erleichterungen im Rentenbezug. Die Rentenbeträge der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden Empfängern, die im Landbesitzbesitz wohnen, durch den Briefträger ins Haus gebracht, wenn die Rentner wegen ihres körperlichen Zustandes, insbesondere wegen Alters, Krankheit oder anderer Gedrechen, in besonderen Fällen auch ausnahmsweise aus anderen Gründen, z. B. Wartung und Pflege dritter Personen — die Beträge nicht selbst bei der Post abheben, aber durch Familienangehörige oder andere zuverlässige Personen abheben lassen können. Diese Erleichterung ist nunmehr auch auf Rentenempfänger im Ortsbesitzbesitz, also auf alle Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ausgedehnt worden. Rentenempfänger, die die Zahlung ihrer Rentenbeträge durch den Briefträger wünschen, haben dies schriftlich oder mündlich bei der Postanstalt, die die Auszahlung vornimmt, unter Angabe der Gründe zu beantragen und eine von der Orts- oder Polizeidepartement ausgestellte Becheinigung über die Nichtigkeit ihrer Begründung vorzulegen.

17ter Wiedersehensfeier. In dem romantisch gelegenen Bergstädtchen Leisnig, der ehemaligen Garnisonstadt des 2. Bataillons, versammeln sich am Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. August, die Angehörigen des ehemaligen 14. Infanterieregiments Nr. 179 zu einer Wiedersehensfeier. Nähere Auskunft erteilt für Dresden und Umgegend Kamerad E. Pinkert, Dresden-Alstadt, Freiberger Straße 123, I.

Strafe für Obstmarktwegwerfer. Günstigerweise sind wir in diesem Jahre mit Obst reich gezeugt und die Händler, die in den Straßen der Großstädte auf Wagen ihre Ware seihalten, haben alle Hände voll zu tun, um die Obstmarktwagen zu befriedigen. Leider aber hat sich seit Jahren der Unzug herausgebildet, daß das Obst nicht nur auf den Straßen verkehrt wird, sondern daß man auch die Kerne einfach auspuft oder wegwarf, ohne dabei zu bedenken, daß Menschen durch Ausgleiten auf den glatten Obstkerne und Schalen zu Fall kommen und schweren Schaden nehmen können. Trotz vielfacher Warnungen durch Presse und Behörden scheint aber die Ansicht unausrottbar. Bei ihrer energischen Bekämpfung hat jetzt der Magistrat der Stadt Prag energische Schritte getan. Nach einer Verfügung der dortigen Polizeidirektion wird jeder, der diesem Sport huldigt, unanständig verfolgt und bestraft. Es wäre zu wünschen, daß das Beispiel der tschechischen Hauptstadt auch in Deutschland Nachahmung findet.

Abbuchung der Postschiedgebühren. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Von einem der nächsten Tage ab werden die Gebühren für Aufträge zu Auszahlungen aus dem Postcheckkonto (Schedgebühren), die bisher in unregelmäßigen Zwischenräumen beim Abschließen eines Kontoblattes berechnet wurden, gleichzeitig mit der Laufchrift der Aufträge vom Konto abgeschrieben werden. Über die Höhe der abgebuchten Gebühren erhalten die Postcheckkunden fortan durch den Kontoauszug unter der Bezeichnung „Buchungsgebühren“ Kenntnis. Außerdem werden die Gebühren mit roter Tinte auf den Laufschriftzetteln vermehrt werden. Besondere Gebührenzettel über die Buchungsgebühren werden den Kontoauszügen künftig nicht mehr beigegeben.

Das Ehrensteuer wieder gestattet. Den Militärvereinen war auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik die Abgabe von Ehrensteuern bei Beerdigung von Mitgliedern verboten und später auf Antrag gestattet worden. Diese Einschränkungen sind

wieder aufgehoben worden, indem folgende neue Bestimmung in Kraft getreten ist: „Bei Beerdigung von Mitgliedern der Kriegervereine kann auf dem Friedhof eine Gruppe von Gewehrträgern zum Salutschüsse gestellt werden. Eine besondere Genehmigung dazu ist nicht erforderlich.“

Mitnahme von Geld ins Ausland. Die Mitnahme von Geld bei der Ausreise aus Deutschland ist, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverordnung mitteilt, auf einen Betrag beschränkt, der 500 Mark gleichkommt. Darunter dürfen aber nur 200 Rentenmark sein, der Rest muß in ausländischen Zahlungsmitteln bestehen. Größere Beträge sind nur mit Bewilligung der Finanzämter oder, bei Rückreise, auf Becheinigung des Eingangsgolddamtes zulässig. Nach den österreichischen Kronen in Noten über die Grenze mitgenommen werden. Größere Summen bedürfen der Bewilligung der österreichischen Nationalbank. Die Ausfuhr ausländischer Banknoten, von Scheids und Wechseln auf das Ausland ist unterschlagen.

„Hier kannst auch du . . .“ Ein auswärtiger Leser schreibt dem „Chemnitzer Tageblatt“: Dieser Tage hatte ich auf der Steuer zu tun. Zwanzig Leute, die vor mir dran waren, ließen mir Zeit, in dem hochwohlblichen Finanzamt die Wände zu betrachten. Dagegen funktiniger Beamter hatte da einen recht schlechten Abdruck des bekannten Nietschelopes an die Wand gehängt — Nietschke auf dem Sterbebett mit den entstellten Jügen des Geisteskranken. Eine Unterschrift darunter wiede mein Interesse. Zu meinem Erstaunen aber entnahm ich diesem Wandblümchen des Finanzamtes die wenig pietätvollen Worte: „Hier kannst auch du — verdrückt werden.“

Klipphausen. Ein Jubeltag ist der morgige Sonntag für die Familie Schöne. Sind es doch 65 Jahre her, daß der Großvater Heinrich August Schöne den damals herrschaftlichen Hofhof in Pachl nahm. Im Jahre 1873 ging derselbe dann in seinen Besitz über. Von 1895—1923 bewirtschaftete ihn der Vater Otto Schöne, der vor nunmehr 25 Jahren auch den Saal neu bauen ließ und so die Unterlagen schuf, daß der Hofhof Klipphausen ein viel und gern besuchtes Ausflugsziel für Vereine und Gesellschaften wurde. Vergangenes Jahr übernahm nun sein Sohn, Herr Otto Schöne jun., die Bewirtschaftung und in den bewährten Bahnen seines Vaters forschireitend, ist er jederzeit bemüht, die große Zahl seiner Gäste auss bestre zu bewirten. Aus Anlaß des Jubeltages findet morgen ein besonderer Festball mit Überredungen statt. (Vgl. Insl.)

Blankenstein. (Künstler-Konzert.) Am Freitag den 18. Juli erfreute uns der rheinische Komponist Max Philipp nebst Gemahlin mit einem Klavier- und Liederabend. Sie waren beide als Guest vom Rheinisch-Westfälischen Volkstheater aus Essen a. d. Ruhr zu uns gelommen. Der Künstler spielte zuerst die 2. Rhapsodie von Liszt, später eine Komposition a. d. Oper „Froschbü“ und Frühlingsrauschen von Sinding. Alle Stücke wurden mit glänzender Technik und Feinheit vorgetragen. Frau Philipp sang mehrere von ihrem Gatten selbst komponierte Lieder: Der Blinde, Lohi Blumen sprechen, Bozzazzo Spiel auf zum Tanz. Sie verstand es meisterhaft, die Zuhörer durch ihre feinen schönen und volle Stimme auss tiefsitz zu ergreifen und zu stärkstem Beifall hinzureißen. Auch andere Lieder: Still wie die Nacht v. Bohm, Dort unterm Baum v. Kunkl und einige heitere „Wiener“ Lieder blieben auf derselben Höhe. Ganz reizend wurden einige Tänze von dem 6-jährig entzückenden Elvira Philipp zur Ausführung gebracht. Die Darbietungen der Familie Philipp blieben auf künstlerischer Höhe und hinterließen einen tiefen Eindruck auf alle Besucher. Leider war der Abend infolge ungenügender Belämmührung nur mittelmäßig besucht. Schon jetzt soll darauf hingewiesen werden, daß Herr Philipp im Dezember wieder nach hier kommen und ein ähnliches Konzert veranstalten wird, hoffentlich dann vor vollem Saale.

Wetterbericht.

Vorwiegend stark bewölkt; zeitweise Regen, kühl, hohe Temperaturen fühlbar. Winde aus verschiedenen Richtungen, vorübergehend an Stärke zunehmend.

Sachsen und Nachbarschaft

Pulsitz. (Bezahlung auf Grund des Lotteriesystems s. o.) Einer hiesigen Firma ging von einem ihrer Kunden folgendes originelles Schreiben zu: „Jede Woche legen wir die Rechnungen unserer Lieferanten in eine Urne, schütteln sie ordentlich und lassen immer eine Rechnung herausfallen. Diese Rechnung wird dann auf Grund des Lotteriesystems bezahlt. Warten Sie bitte, bis Sie herausfallen. Falls Sie weiter Idioten machen, werden Sie von der Lieferung ausgeschlossen.“ Diesen findigen Kunden sollten sich die Lieferanten wohl doch ein wenig genauer ansehen.

1. Neulrich a. Hochwald. (Gauturnfest.) Bei herrlichem Wetter hielt hier vom 19. bis 21. Juli der Hochwaldgau sein Turnfest ab. Am Sonnabendnachmittag trafen die Turner ein, und bald begannen interessante Wettkämpfe. Abends hielt ein

Kommers alle in fröhlicher Stimmung noch lange beisammen. Am Sonnabendvormittag fand das Wettkampfturnen seine Fortsetzung, um 1 Uhr setzte sich der lange Heitzug durch den überaus reich geschmückten Ort in Bewegung. Nach Beendigung des Umzuges fanden Freilübungen aller Turner und Turnerinnen, Schauturnen, Speer- und Diskuswerfen und Ringlämpfe statt. Ein 400-Mtr.-Staffellauf beschloß die Vorführungen. Am Montag veranstaltete der festgebundene Verein ein Kinderschaufturnen. Das Turnfest nahm in allen Teilen einen recht befreudigten Verlauf.

Crostau b. Schirgiswalde. (Waldtheater.) Im Waldtheater am Käbelstein ließ am vergangenen Sonntag die Theatervorstellung einen modernen Dichter zu Wort kommen, den Tiroler Karl Schönert mit seinem jüngsten Drama „Der Weibstreiter“. Die Aufführung stand auch dieses mal wieder unter der Leitung von Senff-Georgi (Dresden) auf künstlerischer Höhe. Am 3. August wird als Festauflösung ähnlich der Tagung des Bundes der Kriegsteilnehmer der Deutschen Reichsbahn 1914/18, die in Schönberg stattfindet, „Der Hörigothümmer“ von Ganghofer gespielt. Die Spielleitung liegt wieder in der Hand Dresdner Künstler.

Nöthnitz. (Bürgerlicher Sieg bei Bezirkstagewahl.) Die Bezirkstagewahl in der Amtsbaupräsidentenwahl ergaben eine bürgerliche Mehrheit. Es wurden 20 Bürgerliche, 8 Sozialdemokraten und 6 Kommunisten gewählt. Bis hier gehörten dem Bezirkstage 18 Bürgerliche und 29 Linke an. Infolge Auscheidens der Stadt Mittweida aus dem Bezirksvorstand ist die Zahl der Abgeordneten verringert worden.

Landwirtschaftliches

Die Grundsteuerzahlung für landwirtschaftliche Betriebe.

Dresden, 25. Juli. Das sächsische Finanzministerium hat mit Rücksicht auf die Einbringung der Ernte beschlossen, die am 15. Juli 1924 fällige Grundsteuerteilzahlung für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Grundstücke nur zu einem Drittel am 15. Juli, zu zwei Dritteln am 15. September 1924 zu erheben. Der Sächsische Landbund hat sich nun mit einer Eingabe betreffend die Grundsteuer an das Finanzministerium gewandt; er verkennt nicht, daß die ministerielle Entschließung vom dem Gedanken beeinflußt ist, der Landwirtschaft zu helfen, er vermag aber nicht anzuerkennen, daß diese Entschließung dem Sinne und Geiste noch dem entspricht, was sowohl der Finanzminister als im besonderen auch der Ministerpräsident den verschiedenen Auffassungen des Landbundes, so insbesondere seines Steuerausschusses nicht bloß in Aussicht gestellt, sondern zugelagt hat. Dann heißt es weiter in dem Schreiben: „Es handelt sich bei der Grundsteuer bekanntlich um eine besonders ungerechte Steuer, weil bei ihr oft das 25. bis 27. fache der Friedenssteuer erhoben wird und weil die rein schematische Umstellung der Steuer für Papiermarktwerte aus Gold schwierige Misshandlungen zutage gefördert hat. Mit einer bloßen Gestundung von zwei Dritteln der am 15. Juli fälligen Grundsteuer ist der Not der Landwirtschaft nicht abgeholfen. Auch darf nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Staatsregierung selbst ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, die Grundsteuer wesentlich zu ermäßigen. Die Landwirtschaft kann sich auch nicht mit der Verrostung beruhigen, daß ja die Ausarbeitung eines neuen Grundsteuergesetzes im Gange sei, beruhigen kann sie nur die Erkenntnis, daß es der Staatsregierung wirklich ernst damit ist, die ungeheurelichen Lasten auf das Maß zu beschränken, bei dem sie bestehen kann. Dazu gehört in erster Linie die Beseitigung der Grundsteuer in der jetzt geltenden Form.“

Berliner Produktenbörsen von heute, dem 26. Juli.

Weizen 17,80—18,40; Roggen 13,00—13,70; Sommergerste 15,70—16,70; Wintergerste 15,00—15,70; Hafer 14,30—15,30; Weizenmehl 24,50—27,75; Roggenmehl 20,50—22,50; Weizenkleie 10,20; Roggenkleie 9,90—10,20; Raps 270—280; Leinöl 350—360; Trockenflocken 8,90—9,10; Kartoffelsoden 21,00 bis 22,00.

Meißner Getreidepreise von heute, dem 26. Juli.

Weizen 8,40—8,50; Roggen 7,20—7,30; Sommergerste 8,00 bis 8,25; Wintergerste 7,20—7,40; Hafer 7,00—7,20; Raps 13,00—14,00; Weizenkleie 5,20; Roggenkleie 5,20; Trockenflocken 5,75; Weizenmehl 14,00; Roggenmehl 12,00—12,75; Kartoffeln, neue 3,50—4,00; Kartoffelsoden 12,00.

Die heutige Ausgabe unserer Zeitung umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlich für die Schriftleitung Hermann Löffig, für Anzeigen und Reklamen A. Kömer. Verleger und Drucker: Arthur Schünke, sämtlich in Wilsdruff.

Dresdner Kurie vom 25. Juli 1924.

Banks-, Transport- und Baugesellschafts-Aktien

heute vorher heute vorher

Allg. De. Gebä.-A. 1,45 1,5 Dresdn. Hdls.-Bl. 0,21 0,215

Bafl. f. Brauind. 1,4 1,8 Sächsische Bank 86,6 86,8

Com.-u. Privatbl. 4,2 4,0 D. Gb.-Betr.-Ges. — —

Darmstädter Bank 6,85 6,85 S.-Gb. Damaskus. — —

Deutsche Bank 8,25 7,9 Bg. Elbersch.-Ges. 1,95 1,95

Disconto-Ges. 9,0 8,75 Baubl. Rf. Dresd. 17,3 17,3

Dresdner Bank 5,0 4,8

Papiers-, Papierf.-Fbr.- und Photogr.-Artikel-Akt.

heute vorher heute vorher

Ernemann 1,7 1,7 Thode-Ullien. 0,18 0,18

Hafl. 35,0 35,0 Unger- & Hoffmann 0,95 0,95

Heldbauer Pap. 0,425 0,5 Ber. Baumg. 1,5 1,5

Humoja 2,4 2,5 Ber. Strohhoff 4,85 5,0

Peniger Patent 2,1 2,2

Brauerei-Aktien

heute vorher heute vorher

Gelsenfelder 8,25 8,9 Mitteld. Spritzab. 0,86 0,86

Hansa-Lübeck 3,4 3,4 Sächs. Malzfabrik 6,25 6,25

Soc.-Dr. Waldschl. 1,9 1,9 Deutsche Weinbr. 0,21 0,21

Keramische Werte

heute vorher heute vorher

Ps.-F. Hüttenchr. 8,45 8,4 Siemens 12,25 12,0

do. Rabla. 6,6 6,7 Sächs. Glasfabrik 3,2 3,2

Rehzn. Ofenfabr. 1,0 0,921 Steing. Sörnewitz 0,88 0,785

Weltl. Ofenfabr. 0,5 0,5 Walther & Söhne 1,45 1,4

Hoffmann Glas 4,1 8,9

Verschied. Industrie-Aktien.

heute vorher heute vorher

Chem. f. Heyden 2,2 2,0 Dösch. Werkstätt. 0,49 0,5

Gehe & Co. 3,4 3,25 Dresd. Gardinen 2,8 2,8

Lingner-Werke 19,1 17,0 Düngerhandels 0,6 0,6

Chmn.-A.-Spinn. 4,15 3,9 Paradiesbetten 2,6 2,4

Dr. Räbm.-Givot. 2,8 2,4 Plauenische Spinn. 2,4 2,55

Witz. Samtgarn 28,5 28,5 Plauenische Gord. 3,7 3,5

Baumh. Zuchtfab. 0,5 0,6 Br. Jänsch.-u. Rabw. 6,0 5,9

Dittersdorfer Filz 12,2 12,25

(Im Billionen-Prozenten) (Ohne Gewähr)

Der Regenbogen.

Es ist auf Erden alles beieinander:
der Liebe Glanz und schwere Wetterlast.
Und Schicksalswellen ballen sich in wilder Haft
und reißen sturzgetrieben auseinander.

In deiner Seele reicht der Zwiespalt tiefe Wunden.
Du traust nicht mehr der Sonne Licht,
zur Hoffnung dir's an Mut gedrängt —
Du fühlst verloren dich und kannst nicht mehr gefunden.

Willst du, daß du zu leicht ebdunden und gewogen —
An welternächt' ger dunkler Wollentwand
da geilert warnend deines Schöpfers Hand . . .
Du Zweifler — glaub' e! strahlt sein Harbenbogen.

Adolf Semper.

Arbeitsdienstpflicht.

Von Artur Mahraun,
Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

III.

Die Aufgaben der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht.
Schon an früherer Stelle wurde die Hauptaufgabe der Arbeitsdienstpflicht gestreift. Sie sei noch einmal betont, indem die Vernehrung deutschen Reichsvermögens der wirtschaftlichen Verbesserung des deutschen Volkes steuern und das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft beden joll. Der Einsatz der Arbeitsdienstpflicht aber in dieser Stunde höchster Bereitstellung erfordert, daß zu allererst solche Arbeiten verliehen und solche Werte geschaffen werden, welche die augenblickliche Not und Bereitstellung in erster Linie beseitigen. Die größte Not aber liegt für das deutsche Volk heute im Mangel an Wohnstätten und Daseinsmöglichkeiten, für diejenigen Menschen, welche im Wirtschaftsprozeß keine Möglichkeit der Ernährung mehr finden. Diese Tatsache lehrt daher den Einsatz der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zu allererst auf die Schaffung von Anwesen, in den Teilen des Deutschen Reiches, wo dies noch irgendwie möglich ist.

Es ist wahrsichtig kein Ehrenzeichen für die deutsche Geschichte der Gegenwart, daß in der Zeit dieser Bereitstellung durch den Wirtschaftskrieg unserer Feinde der Gedanke noch nicht tiefere Wurzeln gesetzten hat, das Land auf das eingebendste zu erfassen, welchen der Hass unserer Feinde uns noch übrig gelassen hat. Ein Blick in die Statistiken überzeugt uns davon, daß Deutschland noch unermehlliche Streden solchen Landes besitzt, welches der Erschließung harrt. Wir brauchen bloß an die Moore in Hannover, an weite Sandstreifen in den östlichen Provinzen zu erinnern. Ein Volk, welches am Beruhigen ist, kann sich aber den Zugus von Oeblandereien nicht leisten. Die Tatsache, daß durch die bisher ins Leben gerufenen Siedlungsversuche nur verhältnismäßig Geringes geleistet werden konnte, liegt darin begründet, daß der einzelne Siedler nicht in der Lage war, die Einde zu bezwingen. Das Werk kann nur gelingen, wenn die vereinte Kraft des deutschen Volkes sich mit eisernem Willen und unter Hinzuziehung seiner besten geistigen Kräfte ins Mittel legt. Die Erfassung der Unlande und ihrer Kultivierung erfordert einen großartigen, planmäßig arbeitenden, vor allen Dingen aber großzügig schaffenden Organismus, da der Gedanke der Eingesiedlung durch eine kleine Schar zur Unmöglichkeit geworden ist, wie wir es z. B. erlebten in der Besiedelung des Ostens vor Jahrhunderten oder bei den europäischen Einwanderern bei der Besiedelung Amerikas.

So erfordert die Urbarmachung der Moore große Maschinen und vergleichbare, gewaltige Kapitalaufwendungen, welche für den einzelnen nicht tragbar sind. Es kommt hinzu, daß die Beschaffung der Rohstoffe ebenfalls nur in einem großen rentablen Unternehmen des Staates, nicht aber in einem kleineren Betriebe möglich ist.

So soll also die Arbeitsdienstpflicht ein Heer von Kolonialen zur Bevölkerung der deutschen Unlande heranführen und hier durch Kultivierung und Bau einer Masse von Siedlungen den Untergrund eines neuen Daseins für zahlreiche Volksgenossen vorbereiten.

Das Probejahr der Dolores Renoldi.

15 Roman von Fr. Lebne.
Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale C. Adler-
mann, Stuttgart.

Doch der Konsul war wirklich nicht ganz aufgelegt zu dieser Spazierfahrt. Ein wenig unschlüssig blickte er zur Tochter hin, während seine Frau, um ihren Wunsch zu verstehen, sagte: „Dolly trifft sich doch gern mit ihren Freunden; du mußt ihr schon das kleine Opfer bringen!“

„Aber nein, Papa soll sich nicht zwingen. Ich bleibe sehr, sehr gern daheim.“

Die Meldung des eintretenden Dieners, daß Herr Baron von Emdingen seine Ausfahrt zu machen wünsche, endete die Erörterungen über die Ausfahrt.

Ein lichtes Rot trat in Dollys Wangen; hatten ihre Ohnungen sie also nicht getrogen! Gestig klopfte ihr Herz, als sie den Eltern folgte, den Gast zu begrüßen.

In dem Empfangssalon, der mit vielen erotischen Rositarbeiten ausgestattet war, stand der schlanke Offizier, der Herrschästen harrend.

Eherbietig führte er den Damen die Hand. Er fühlte Dollys leichtes Zittern, als sein Mund leicht ihre Kleide berührte. Und er lächelte.

Endlich war es ihm gelungen, mit seiner liebenswürdigen liebenswürdigen Gewandtheit eine angeregte Unterhaltung in Gang zu bringen, wobei er flug und unauffällig die Frau Konsul in den Vordergrund stellte, und als er sich verabschiedete, konnte er das angenehme Bewußtsein mit sich nehmen, in diesem exklusiven Hause fortan ein gern geheimer Gast zu sein. Man hatte ihn aufgesondert, wieder zu kommen — die Frau Konsul war sehr liebenswürdig gewesen, der Konsul hatte die seinem Wesen ge-

Nach Ableistung der ersten kolonialen Aufgaben sollt den Arbeitsdienstpflichtigen die Aufgabe anheim, Häuser und Wirtschaftsräume für die Siedler zu schaffen. Es wird hier zweifellos heißen: die Beschaffung der Rohstoffe zum Bauen wird auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Insbesondere die Schaffung von Holz. Aber ein Blick ins deutsche Land, für den, der es aus eigener Erfahrung in langjähriger Arbeitserfahrung kennt, bringt uns die Überzeugung, daß unsere Forstwirtschaft genug besitzt, um die nötigen Baumstoffe heranzuschaffen. Der Staat selbst erleidet hierbei keinen Verlust, denn der Wert des von ihm zur Verfügung gestellten Holzes, wird ja nur gestiegen, wenn es bearbeitet ist, und das Holz selbst verbleibt in dem verarbeiteten Zustande dem Staat, da ja die geschaffenen Anwesen sein Eigentum sind. Vorteile der Hundertjahre-Grundsätze der deutschen Forstwirtschaft müssen dann auf vorübergehende Zeit, begründet durch die durchbare Bereitstellung der Nation, fallen gelassen werden. Wir müssen uns dabei vom groben wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus sagen, daß man bei heutiger Forstwirtschaft die Wälder schneller wieder aussorfern kann, als ein körperlich und seelisch gebrochener Volk wieder zu Glück und Gesundheit führen. Die Besiedelung der geschaffenen Anwesen durch den Staat, die Pachtverträge und dergl., welche der Staat mit den Siedlern abschließt, sind Gegenstände einer besonderen Betrachtung, welche ich nachfolgen lassen will.

Über die Art und Weise, wie diejenigen Länder vom Staat erfaßt werden sollen, welche heute öde oder minder ertragfähig daliegen, sich aber in Privatbänden befinden, sei vorgeschlagen, eine verjüngliche Hypothek mit dem jetzigen Wert in die Gesamtwirtschaft der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht einzutragen, sodass der Landbesitzer auf diese Weise im Besitz seines Wertes bleibt, der durch das Einsetzen der Kultivierungsarbeit um unermöglich gesteigert wird, von dem aber der Staat nur die Steigerung für sich in Anspruch nimmt.

Noch einmal kurz zusammengefaßt sei also die nächste Aufgabe der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, ganze Dörfer neu zu bauen, inmitten der heute noch verwahrlost liegenden Unlande, dieselben dann mit denjenigen Menschen zu besiedeln, denen die wirtschaftliche Lage des Staates keine Erwerbsmöglichkeit mehr bietet kann.

Und nun dieses ganz gewaltige wirtschaftliche Werk von vornherein unter einem Mindestmaß von Unkosten erstehen zu können, muß die allgemeine Arbeitsdienstpflicht einen Wirtschaftskörper darstellen, welcher in jeder Beziehung unter gegenwärtiger Berechnung mit der bisherigen Staatswirtschaft aus der Volkswirtschaft der Arbeitsdienstpflichtigen heraus die Grundstoffe für die Kolonisation selbst erzeugt. So ist es notwendig, daß die Kultivierung der Oeblande muß auf jeden Fall darin liegen, daß schon allein die Verteilung der in den Großstädten und bebauten Gebieten unproduktiv gewordenen Kräfte auf die Oeblande nach dem bezeichneten Muster die erste Stufe zur Kultivierung dieser Länder darstellt. Wenn nun davon gesprochen wurde, daß die Aufgaben der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zur Zeit der jetzigen Bereitstellung sich mit den naheliegendsten Problemen zu beschäftigen haben, so sei auch jetzt schon darauf hingewiesen, daß in demselben Augenblick, da die brennendsten Fragen gelöst sind, die Aufgaben der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht auf größere Kultivierarbeiten zu lenken sind. Es wird dann ihre selbstverständliche Aufgabe werden, große Kulturwerke zu schaffen, welche der Untergrund einer neuen Blüte der gesamten Volkswirtschaft werden können. Als Beispiele seien angeführt großzügige Anlagen von Kanälen, Deicharbeiten, Flussregulierungen, Stauanlagen zur Erzeugung von Wasserkraft und Übertragung dieser Wasserkraft in elektrische Kraft, großzügige Ausführung von Bauten zu gemeinnützigen Zwecken, wie Krankenhäuser, Altersheime, Mutterkloshäuser, Badeanstalten und Bergl.

Alle derartigen Werke der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht stellen für die Volkswirtschaft keinen Wettbewerb dar, sondern sie schaffen eine neue Grundlage für unzählige neue Wirtschaftsbetriebe.

wöhnlich anhaftende große Zurückhaltung aufzugeben — und Dolores —?

Er hätte nicht der Frauenkenner sein müssen, der er war, wenn er nicht gespürt, daß hinter der marmornen vornehmen Ruhe und Haltung des verhüllten Mädchens ein Gefühl schlummerte, das ihm galt.

Die dunklen sprechenden Augen Dollys hatten ihm mehr verraten, als sie selbst wußte.

Hier war die Rettung, die ihn aus seiner mehr als mühslichen Lage befreien würde — und er mußte sich ihrer bedienen. Und was er so flug begonnen, würde er auch nicht ungefähr zu Ende führen! — — —

Rita Schärbeck deckte im Esszimmer den Tisch mit größtem Sorgfalt, die ihr sonst nicht eigen war. Alte Meißner Tassen und ein eben solcher durchbrochener Kuchenkorb, der mit leichtem Teegebäck gefüllt war, nahmen sich gar gefällig aus auf der weißen Decke in kunstvoller Kochstilerei, und zarte, duftende, in einer breiten Schale geordnete Beilagen gaben Leben und Farbe.

Sie war ziemlich einfach gekleidet; doch die lose, weißleidende Bluse, die den vollen, schönen mit einem schwarzen Sammelband geschmückten Hals freiließ, und der tadellos sitzende schwarzweiss gestreifte Rock standen ihr ausgezeichnet.

Sie war sehr versucherisch in ihrer blonden, fülligen Schönheit, und das leicht Soubrettenhafte, das ihr eigen war, gab ihr vielleicht nur einen Reiz mehr.

Sie war ziemlich ernst, beinahe gedrückt, und das leichte Singen und Summen, mit dem sie sonst ihre kleinen Obliqueheiten begleitete, fehlte schon seit Tagen.

Die Baronin lag in einem bequemen Schaukelstuhl und beobachtete die Tochter; doch sie hütete sich, eine Frage zu tun, die an etwas rührte könnte, das besser nicht erwähnt wurde.

Die Finanzierung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht.

Wohl die größten Bedenken, welche gegen das Problem der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ins Feld geführt werden, liegen auf finanzieller Gebiete. Wer leidet die Arbeitsdienstpflichtigen? Wer bezahlt ihnen ihre Löhne? Wer bezahlt die Maschinen, die notwendig werden? Wer lohnt die notwendigen Beamten? Das sind Fragen, die immer wiederleben, und die zweifellos ihre Berechtigung haben. Demgegenüber seien folgende Grundsätze für die Finanzierung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht aufgestellt.

1. Wie die allgemeine Arbeitsdienstpflicht in organisatorischer Beziehung ein völlig in sich abgeschlossener Bestandteil des Staatsorganismus ist, so soll sie das auch in wirtschaftlicher, finanzieller Hinsicht sein.

Dementsprechend birgt die Leitung und Verwaltung ein besonderes kleines Wirtschaftsministerium in sich, dem die Verwaltung der von der Arbeitsdienstpflicht geschaffenen Werte obliegt. Ihm ist die „Bank der Arbeitsdienstpflicht“ angegliedert. Hier ist die Stelle, welche mit dem Staate sämtliche von ihm geleisteten Lieferungen an Geld und Geldwert verrechnet und den Privatleuten Gegenwerte für die zugeschossenen Vermögensteile — z. B. Land und Oebland — ausliest.

2. Der Staat — das Deutsche Reich, die Länder und die Städte übergeben diesem „Wirtschaftsministerium“ der Arbeitsdienstpflicht ihre Oeb- und Unlande.

3. Durch die Indienststellung von nahezu einer Million deutscher Jünglinge im erwerbsfähigen Alter in die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, wird die Arbeitslosigkeit um eine gleiche Zahl vermindert. Dadurch spart der Staat eine große Summe Gelde an Erwerbslosengelbtern.

Da mit dieser Verminderung seiner Ausgaben zu unproduktiven Zwecken die Kreditfähigkeit des Staates gehoben wird, ist er in der Lage, der „Bank der Arbeitsdienstpflicht“ einen Kredit zur Anangriffnahme ihrer Aufgabe der Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht zu geben.

Dieser Kredit ist die erste finanzielle Grundlage.

4. Die „Bank der Arbeitsdienstpflicht“ gibt auf die zu schaffenden Werte der Arbeitsdienstpflicht die „Arbeitsmark“ heraus. In genau derselben Weise, wie die Rentenmarkt durch einen gewissen Prozentsatz des deutschen Grund und Bodens gesichert und gedeckt ist, so geschieht dies bei der Arbeitsmark durch die erzeugten Werte.

Auf diese Weise wird nicht nur das deutsche Volkswesen vermehrt, sondern es wird auch ein neues werbendes Zahlungsmittel geschaffen, welches der Rentenmarkt in Bezug auf Wert und Dedung nicht nachstehen wird.

Die Arbeitsmark kann unaufhörlich nach den für eine gesunde Währung geltenden Grundsätzen den geschaffenen Werten entsprechend vermehrt werden.

Der Anteil zum Erwerb dieses Zahlungsmittels kann erhöht werden, indem die Verwaltung oder die Bank der Arbeitsdienstpflicht Vergünstigungen beim Erwerb ihrer Werte bei Bezahlung in Arbeitsmark gewährleistet. Auf diese Weise wird die Arbeitsmark dem schaffenden Deutschen nach langer Zeit auch wieder einen Anreiz zum Sparen geben, denn er kann sich mit ihr einen Ruhestand für sein Alter sichern.

Die Verwaltung der Arbeitsdienstpflicht lauft mit ihren Krediten, welche ihr der Staat eingeräumt hat und mit der von ihr herausgegebenen Arbeitsmark alle Bedürfnisse, welche besonders in der ersten Zeit an sie herantreten. Sie lauft Maschinen zur Kultivierung, Kleider und Ausrüstung für die Arbeitsdienstpflichtigen usw.

Die Eigentumsfrage der Werte.

Alle von der Arbeitsdienstpflicht geschaffenen Werte sind zunächst Eigentum der Vermögensverwaltung der Arbeitsdienstpflicht und damit des deutschen Staates.

In erster Linie kommt in Frage, wie die geschaffenen Anwesen entweder gewinnbringend für den Staat weiter verpachtet oder gewinnbringend in den Besitz von Privaten gebracht werden.

Hierbei ist zu unterscheiden: Die Pacht bzw. Erbpacht, welche die wirtschaftlich Schwächen in die Lage versetzt, die Bewirtschaftung eines Anwesens in die Hand zu nehmen. (Die Pachtverträge werden durch die wirtschaftliche Verwaltung oder Bank der Arbeitsdienstpflicht mit den Siedlern abgeschlossen.) Eine weitere Möglichkeit besteht in der allmäßlichen Abbezahlung des geschaffenen Anwesens an dieselbe Stelle. Die dritte Möglichkeit im Kauf eines Anwesens, wie schon früher gesagt, unter Begünstigung einer Zahlung in Arbeitsmark. Insbesondere alte Rentner, Pensionäre, Invaliden und Bergl., welche der Erhaltung durch den Staat sowie überantwortet sind, werden auf diese Weise allmäßlich abgefunden, wobei eine Verrechnung des Anwesens und der Geldansprüche des Versorgungsberechtigten an den Staat bei Beginn der Ertragsschaffung des Bodens statzufinden hat.

„So, fertig“, sagte Rita, „schade, daß Elfriede Beutler und Rosel Hinkelbach abgesetzt haben. Sie sind immer am lustigsten und können noch weniger als ich! Du hast doch für eine süße Speise oder sonst etwas gesorgt, Mama — wolltest du nicht eine Schlagrahmtorte bestellen?“

„Nein, mein Kind! Ich denke, das Gebäck genügt zum Tee und nachher etwas Obst — Orangen und Apfel sind da!“

Rita war sehr aufgeregzt und ärgerlich.

„Aber, Mama, das geht doch nicht. Wir haben bei Bölkels das letzte Mal Staviafennmenn und Hummermanoune bekommen; da kann ich meine Gäste doch nicht bloß mit Orangen bewirten!“ stieß sie hervor.

„Das kannst du wohl, mein Kind!“ entgegnete die Baronin ruhig. „Wir sind nicht Bölkels, jeder nach seinen Verhältnissen. Und ich gestehe dir, ich bin sehr knapp bei Kasse, da ich die Schneiderin und all unsere sonstigen Schulden bezahlt habe!“

„Und nicht mal drei Mark für die Torte hast du noch über? — Das ist doch lächerlich!“ Rita war ganz rot geworden, und in ihren Augen glänzten Tränen. „Wir blaieren uns ja — —“

„Nein, das tun wir nicht, Rita! Im Gegenteil — verhünftig denkende Leute achten uns deshalb höher, wenn wir nicht mehr scheinen wollen, als wir sind! Und mit den reichen Bölkels können wir doch nie in Wettbewerb treten! Die Damen werden sich auch in unserer einfachen Häuslichkeit wohl fühlen, hoffe ich, und für mich ist es ein sehr wohltuendes Gefühl, so ganz frei von Schulden zu sein! Wir müssen darin sehr peinlich sein, immer alles sofort bezahlen — glaube nur, wir werden sehr beobachtet, man achtet auf uns —“

Urforschung 10/41

Die Arbeitsdienstpflicht und die soziale Frage.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß fast alle sozialen Ertragschäften des Deutschen Reiches heute von Grund aus zusammengebrochen sind. Die soziale Fürsorge für vereinigte Volksgenossen kann von der vorhandenen Wirtschaft unseres Volkes weder in Form von Opferwilligkeit noch in der Form von Steuern in genügender Form getragen werden. Die Wirtschaft selbst ist gezwungen, auf das Allerbitterste um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu kämpfen. Wir können infolgedessen eine Belastung mit den volkswirtschaftlichen Nebenaufgaben der sozialen Fürsorge nicht in genügendem Maße auf ihre Schultern laden, wenn wir sie nicht unterstützen wollen. Der Kampf um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Infolgedessen liegt der Gedanke umso näher, daß auf jenen Erfahrungen, welche von der in der Arbeitsdienstpflicht schaffenden deutschen Jugend erzielt werden, in Zukunft die ganze soziale Fürsorge aufgebaut wird. Es muß angestrebt werden, daß auf dieser goldwertbeständigen Arbeitsleistung des ganzen Volkes die Pflege des Alters und der Hilfslosen aufgebaut wird. Es ist kein Zweifel, daß die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, bei richtiger Durchführung eine Quelle des Reichtums für die Verwaltung des ganzen Reiches wird. Mit diesen Reichstümern muß die soziale Frage in Zukunft gelöst werden nach dem Grundsatz: Durch das Volk für das Volk. Wenn auch die Grundzüge der Siedlungsbewegung die erste Aufgabe der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht sind, so wird sie sehr bald in der Lage sein, Kräfte loszuhören, welche für die allgemeinen sozialen Belange eingesetzt werden können. Der Bau von Altersheimen, Krankenhäusern, Pflegeanstalten, Erholungsstätten, Badeanstalten und dergl. wird die nächste Aufgabe des Heeres der Arbeitsdienstpflichtigen sein.

Deutscher Reichstag

(18. Sitzung.)

CB. Berlin, 2. Juli.

Die Abstimmung über die Anträge zur Kriegsbeschädigtenfürsorge konnte in der gestrigen Sitzung nicht mehr erfolgen, da das Haus sich als beschlußunfähig erwies. Der Feststellung dieser Tatsache war eine Plut p. s. l. v. e. n. d. e. r. u. n. g. und eine erregte Auseinandersetzung zwischen den Abg. Ahlemann (Deutsch. Vp.) und Dr. Breitscheid (Soz.) vorangegangen.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung wies der nationalsozialistische Abg. von Graefe darauf hin, daß die Sitzungen in den letzten Tagen durchweg kein normales Ende gefunden hätten, sondern daß immer die Beschlusshinfälligkeit des Hauses festgestellt werden mußte. Er habe den Eindruck, daß die Vizepräsidenten, die dann meist amtierten, die nötige Objektivität vermissen ließen, und bitte den Präsidenten, in solchen Stunden doch selbst antretend zu sein. — Präsident Ballotat entgegnete, daß die Vizepräsidenten durchaus objektiv ihres Amtes wachten.

Noch debattierter Erledigung kleinerer Vorlagen, darunter der Vorlage über die Verlängerung des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsabkommen, kam eine Novelle zum Gesetz über die Naturrechtsinstanzen für die bewaffnete Macht im Frieden zur zweiten Beratung. Abg. Grenzburg (Komm.) beantragte den Erhalt der Worte „bewaffnete Macht“ durch „Reichswehr“ und „Marine“. Der unbestimmte Ausdruck erschien die Möglichkeit, daß darunter auch sozialistische Verbände verstanden werden könnten. Der Redner befürchtete dann den Ausschauantrag, der für Futter und landwirtschaftliche Produkte statt des von der Regierung vorgesehenen mittleren Börsenpreises bei mehreren Angeboten den höchsten Preis verlangt.

Abg. D. Mumm (Deutschnat.) erwiderte darauf, daß die vom Auschuß beschlossene Einschränkung des höchsten Börsenpreises im Einverständnis mit der Regierung erfolgt sei.

Der Abg. Schmid-Hannover (Deutschnat.) betonte, daß aus den Reden der Kommunisten ein fanatischer Hass gegen alles, was mit der deutschen Wehrmacht zusammenhinge, spräche. Dieser Hass beschränke sich aber nicht auf die Kommunisten. Gefahr hätte der sozialistische Abgeordnete und Politpräsident über hing sich den Zutritt erlaubt: „Alle Offiziere sind Lumpen!“

Abg. Abbring (Soz.) erklärt dazu, er habe nicht gerufen: „Alle Offiziere sind Lumpen!“, sondern nur unter Hinweis auf die Offiziersdeutlichkeit des Abg. Ahlemann. Offiziere, die sich so benähmen, seien Lumpen! Von den Nationalsozialisten und einigen Deutschnationalen lämen lärmende Proteste gegen diese Darstellung. Abg. Jacob-Münch (Dv.) rief wiederholt: „So ein gemeinerigner!“ Er erhält dafür einen Ordnungsruf, richtet aber trotz aller Aufforderungen des Präsidenten mit drohend erhobenen Fausten fortwährend weitere laute Verwünschungen gegen die Sozialisten.

Präsident Ballotat sprach sein Bedauern über die im Hause angekündigte Szene aus und erklärte, er werde bei Fortsetzung solcher Szenen die härtesten Mittel der Geschäftsführung anwenden, ohne Rücksicht auf die Parteiangehörigkeit. Die Vorlage wurde darauf unter Ablehnung der kom-

munistischen Anträge angenommen. Dann wurde die sozialpolitische Aussprache bei dem gestern abgebrochenen Kapitel der Erwerbslosen-Fürsorge fortgeleitet.

Abg. Brey (Soz.) wies auf das gewaltige Anwachsen der Arbeitslosigkeit hin. Abg. Esser (Zentrum) trat für die Ausschauanträge ein.

Arbeitsminister Dr. Brauns bestätigte, daß die Not der Kurzarbeiter immer deunruhigender werde. Tatsächlich ständen jetzt viele Kurzarbeiter mit ihren Bezügen unter denen der Vollarbeitslosen. Die Regierung sei bereit, den besonders belasteten Gemeinden die erforderlichen Mittel zur Kurzarbeiterfürsorge durch Abzweigung aus den Beitragssummen der Erwerbslosenfürsorge zuzuführen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Chvalat (Deutschvölkisch) und des Abg. Schlecht (Komm.) wurden die Ausschauanträge in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgte die Einzelverhandlung der Anträge zur Fürsorgepflicht. Dabei schilderte die Abg. Frau Müller-Ostfries (Deutschnat.) die Not der Kleinrentner und verlangte schwere Hilfe. Frau Schroeder (Soz.) verlangte größere Fürsorge nicht nur für die Kleinrentner, sondern auch für die Sozialrentner.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte es für falsch, die Leistungen der Fürsorge für Sozialrentner, Kleinrentner usw. als Armenunterstützung im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes zu betrachten. Die Reichsregierung werde die ihr gewordenen Anregungen den Landesregierungen zur Beachtung empfehlen.

Abg. Stellner (Komm.) bekämpfte die neue Fürsorgeverordnung, die die Fürsorgepflicht vom Steiche auf die Länder und Gemeinden abwälze.

Die Ausschauanträge wurden angenommen. Es folgte die Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Aufhebung des Disziplinarverschaffens gegen den Abg. Dr. F. G. D., dessen Ablehnung der Geschäftsausordnung ausdrücklich empfiehlt. Nationalsozialisten und Kommunisten treten für den Antrag ein, während die Redner der anderen Parteien dagegen sind. Das Haus lehnte schließlich die Aufhebung des Verfahrens grundsätzlich ab.

Der Noteata.

Nunmehr folgte die erste Lesung des Noteata für 1924. Damit ist verbunden die Beratung der Anträge des Reichsbauausschusses auf Wiederaufnahme der durch Urteil bayerischer Volksgerichte geschlossenen Strafverfahren.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther betonte kurz die Notwendigkeit des Noteata, der vorgelegt werde, weil der letzte Noteata am 31. Juli ablöse.

Eine Erklärung der Koalitionsparteien.

Abg. Lehrenbach (Zentrum) verlas eine Erklärung des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, wonach diese Parteien eine große außenpolitische Debatte in diesem Augenblick für nicht zweckmäßig halten.

Die genannten Fraktionen beschärfen sich auf die Erklärung, daß sie die Politik des Reichskabinetts billigen, als deren Ziel sie die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens betrachten. Das Gutachten dürfe aber nicht nur insoweit durchgeführt werden, als es Deutschland Nutzen aufseile, sondern es müsse auch den Bestimmungen Rechnung getragen werden, die auf Deutschlands gegenwärtige Lage Rücksicht nehmen.

Börse - Handel - Wirtschaft

Die Berliner Devisenbörse vom 25. Juli bringt folgende Notierungen: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,45—18,54; franz. Franc 21,50—21,60; belg. 19,20—19,30; schweiz. 77,06—77,44; holl. Gulden 160,20—161,00; Danzig 73,79—74,15. Sonst keine Änderungen. Geldmarkt: unverändert.

Amtliche Preise an der Berliner Produktionsbörse

Getreide und Ölsaaten je 1000 kg. sonst je 100 kg.

In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	25. 7.	24. 7.		25. 7.	24. 7.
Weiz. märz.	176-188	176-188	Weizl. f. Brl.	10	10
mitteld.	—	—	Röfl. f. Brl.	9,8-10	9,8-10
Rogg. märz.	129-136	129-136	Raps	270-280	270-280
pommerscher	—	—	Leinsaat	350-360	350-360
westpreuß.	—	—	Butter-Erb.	21-22	21-22
Flüttgerste	148-155	147-154	f. Speisererb.	14-15,5	14-15
Brangerste	155-165	155-165	Flüttgerste	14,5	14,5
Hofz. märz.	140-145	140-145	Peulichsen	14	14
pommersche	—	—	Ackerbohnen	14-15	14-15
westpreuß.	—	—	Widen	15-18	15-18
Weizenmehl	—	—	Lupin. blau	9,2-10	9,2-10
100 Ril. fr.	—	—	Lupin. gelb	16,5-18	16,5-18
Bin. br. inst.	—	—	Sesadella	—	—
Sac. (Steint.)	—	—	Napfchulen	10,8	10,8
Mit. a. Rot.)	24-27,5	24-27,5	Leinluchen	19-20	19-20
Roggenmehl	—	—	Trockenschl.	8,9-9	8,9-9,1
5. 100 Ril. fr.	—	—	Ww. Buchsch.	18-19	18-19
Wet. brutto	—	—	Torjml. 30,70	—	—
inst. Sac	20-22,5	20-22,7	Rortoffessl.	21-22	21-22

Nossener Produktionsbörse vom 25. Juli.

Weizen, biefiger, neu (50 Kilogramm) 8,40; Roggen, biefiger, neu 7,20; Sommergerste 8,25; Wintergerste neu 7,00—7,25; Hafer neu 7,25; Weizenmehl, Kaiserzug ohne Sac mit Auslandsweizen 18,00; do. Bädermehl ohne Sac mit Auslandsweizen 15,75; do. 70 % aus Auslandsweizen 14,75; Roggenmehl 70 % 12,75; Raps 13,50; Roggenkleie, inländ. ohne Sac 5,00; Weizenkleie, grob, ohne Sac 4,75; Maiskörner ohne Sac 9,00; Kartoffeln neu 3,50—3,80. — Am heutigen Markt wurde bezahlt: Weizenbrot neu 2,50; Preßstroh 0,80; Gebundstroh 0,60; frische Landauer 0,10—0,12; frische Landauer 1,00—1,10.

Dresdner Produktionsbörse vom 25. Juli.

Die Preise verstehen sich per 100 Kilogramm in Goldmark.

Weizen, inländischer 17,60—18,10, festig; Roggen, inländischer 14,80—15,30, ruhig; Sommergerste, Ernte 1923 17,00 bis 18,00, ruhig; Wintergerste, Ernte 1924 15,00—15,60, ruhig; Hafer 15,25—15,75, festig; Raps 12,75, festig; Mais 17,00—17,50, fest; Sac feinbörig 18,50—19,50, fest; Böden 19,50—20,50, fest; Lupinen, blau 15,00—16,00, fest; Futterlupinen 11,00—13,00, fest; Pfeilfuß 20,00—21,00, fest; Erbsen 21,00—22,00, fest; Trockenfisch 11,50—12,00, fest; Zunderschmalz 15,00—19,00, fest; Kartoffelflocken 23,50—24,00, fest; Weizenkleie 9,20—9,60, fest; Roggenkleie 9,40—9,80, fest; Bädermehl 31,50—33,00, fest; Olslandsmehl, Type 70 % 27,00—28,00, fest; Roggenmehl, Type 70 % 24,50—26,00, fest.

Spiel- und Rätseldecke

Beispielbild.



Wo ist der Großpapa?

Auslösung in nächster Sonntagsnummer.

Auslösung des Beispieldildes aus Nr. 168:

Links in der oberen Hälfte des Bildes. Kopf am Baum, Füße am Häuschen.

Hieroglyphen.



(Von jedem Bild gilt der Anfangsbuchstabe. Die Worte sind zu ergänzen.)

Auslösung in nächster Sonntagsnummer.

Auslösung des Bilderrätsels aus Nr. 168:

Gut erkannt, gut begonnen,

wird ein gutes Werk gewonnen.

Rita Scharbeck bediente ihn mit Tee; die weiße, mollige Mädchenhand, die ihm die Tasse reichte, zitterte ein wenig; er merkte es wohl gar nicht; er blieb gerade auf Dolores Renoldi, deren plötzliche Schweigsamkeit der Baronin nicht entging. Die kluge lächelte befriedigt in sich hinein; über Erwartungen ging alles vonstatten, wie sie wünschte — denn Dolores hatte schon Feuer gefangen.

Selten wohl hatte um den Teetisch der Baronin Scharbeck eine so fröhliche Gesellschaft gesessen; Gitta Walwig und Irmi Völkel überboten sich an lustigen Einfällen und Neckereien, auf die Entdingen einging.

Aber immer suchten seine Blicke dabei Dolores Renoldi.

„Lieber Baron, wir ernennen Sie zum Ehrenmitglied unseres Kränzchens. Das nächstmal ist's bei mir — und zur Erholung wird deutsch gesprochen! Das verstehen Sie doch?“ neckte sie, und alle lachten.

Dolores konnte sich nicht an der scherhaften Unterhaltung beteiligen trotz ihrer sonst großen gesellschaftlichen Gewandtheit, dazu war sie nicht unbefangen genug.

Nach ungefähr einer halben Stunde verabschiedete er sich, noch vielmals sein formloses Eindringen in diesen edlen Kreis entschuldigend; aber nun habe er wenigstens durch einen glücklichen Zufall sehen dürfen, wie gemütlich ein solches Damenkränzchen sei! Uebermüdig rief ihm Irmi noch nach: „Dann kommen Sie doch diesem glücklichen Zufall öfter zu Hilfe!“

Die Baronin geleitete ihn hinaus.

„Es geht alles gut!“ hauchte sie.

Er küßte ihr die Hand.

„Meinen heißen Dank, liebe, gnädige Frau!“

(Fortsetzung folgt).

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

WILSDRUFF

